

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Verhandlungen des Ortschaftsrates Waldachtal-Salzstetten am 25. Juni 2018

§ 1

Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend und es werden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

§ 2

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Sitzung am 07. Mai 2018 gefassten Beschlüsse

Sachverhalt:

Auf Grund von § 35 Absatz 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg werden folgende in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt gemacht, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen:

- Der Ortschaftsratsrat hat keine Beschlüsse in diesem Sinne gefasst.

Beratung:

Eine weitere Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt nicht.

Beschluss:

Der Ortschaftsratsrat nimmt die Bekanntgaben zustimmend zur Kenntnis.

§ 3

Baugesuche

Neubau einer Überdachung für Strohlager, Flurstück Nummer 1810 und 1814, Kesselweg

Sachverhalt:

Das Bauvorhaben befindet sich im Außenbereich und ist somit nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB) zu beurteilen.

Im Außenbereich ist ein privilegiertes Vorhaben nach § 35 Abs. 1 BauGB nur zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn es einem der aufgeführten Punkte in Nr. 1-8 dient (hier landwirtschaftlicher Betrieb).

Nach Auskunft des Landwirtschaftsamtes ist der Antragsteller ein Vollerwerbslandwirt. Es ist daher davon auszugehen, dass es sich um ein privilegiertes Vorhaben handelt.

Die Erschließung des Bauvorhabens ist gesichert.

Eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange liegt nach Auffassung der Verwaltung nicht vor.

Beratung:

Ortsvorsteher Fahrner erläutert nochmals, dass im Außenbereich im Wesentlichen nur landwirtschaftlich privilegierte Vorhaben zugelassen werden können und es sich beim Antragsteller um einen solchen privilegierten Betrieb handelt. Aus diesem Grunde spreche nichts gegen das vorliegende Bauvorhaben.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat Salzstetten stimmt dem Neubau einer Überdachung für Strohlager auf Flurstück Nummern 1810 und 1814, Kesselweg, im Außenbereich zu und empfiehlt, das Einvernehmen zu erteilen.

Es wird ein entsprechender Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat gefasst.

Grundlage dieses Empfehlungsbeschlusses sind die Bauzeichnungen und der Lageplan vom 23. Mai 2018.

§ 4

Wasserversorgung Salzstetten: Rohrbrüche nach Druckerhöhung

Sachverhalt:

Ortsvorsteher Fahrner berichtet, dass die neu geschaffene Hochzone bei der Wasserversorgung in Salzstetten am 23. Mai 2018 in Betrieb genommen wurde. Bereits nach der Umstellung wurden die ersten Rohrbrüche und Schwachstellen in einem Schacht festgestellt, sodass der Druck noch nicht überall angekommen ist.

Diese Rohrbrüche mussten behoben werden. Der Schwerpunkt dieser Probleme liegt in der Panoramastraße.

Der Druck wurde zwischenzeitlich wieder gesenkt, da nicht auszuschließen war, dass weitere Rohrbrüche entstehen werden. Bei der Erhöhung des Drucks ist man zwischenzeitlich abschnittsweise vorgegangen.

Die weitere Entwicklung ist abzuwarten, allerdings ist davon auszugehen, dass die Wasserleitung in der Panoramastraße (wie früher schon im Tannenweg) veraltet und insgesamt sanierungsbedürftig ist. Der Ortsvorsteher geht davon aus, dass es nur einen Sinn mache, wenn man die Wasserleitung komplett erneuert, weil man schon jetzt sehe, dass nach Reparaturen sofort wieder an anderen Stellen Schäden auftauchen. Schon im Tannenweg - und dort sei die Leitung in einem ähnlichen Alter gewesen - habe man vor einigen Jahren dieselbe Situation gehabt und die Leitung hatte „Lochfraß“

Beratung:

Ortschaftsrat Klaus Kreidler fragt, wie alt diese Wasserleitung sei. Der Vorsitzende antwortet, dass ihm das genaue Baujahr nicht bekannt sei, er gehe aber davon aus, dass dies Anfang der 1960er Jahre liegen müsse.

Ortschaftsrat Björn Klose begrüßt, dass die Instandsetzungen zügig vorgenommen werden und die Überlegung im Raum steht, die gesamte Leitung zu erneuern. Er kritisiert aber, dass die Beschilderung der Baumaßnahmen, erforderliche Umleitungen und die Information der Bewohner und der Bevölkerung sehr schlecht und verbesserungswürdig gewesen seien. Der Vorsitzende sagt zu, das Bauverwaltungsamt der Gemeinde auf diesen Punkt hinzuweisen, dass im Rahmen der künftigen Maßnahmen dies besser gemacht werde.

Ortschaftsrat Roger Ganszki spricht in diesem Zusammenhang die Frage an, ob vom Bauhof oder den für die Wasserversorgung verantwortlichen Personen noch die Wasserschieber betätigt und auf die Funktionstüchtigkeit geachtet werde.

Der Vorsitzende kann diese Frage nicht beantworten, stellt aber fest, dass ihm dies schon seit langem nicht mehr aufgefallen sei. In früheren Jahren habe dies die Abteilungswehr der Feuerwehr Salzstetten durchgeführt, allerdings im Hinblick auf das Thema Brandschutz.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

§ 5

Parkplätze beim Sporteingang des Gemeindehauses – Einschränkung der Nutzung

Sachverhalt:

Ortsvorsteher Fahrner berichtet, dass von Vereinsseite das Anliegen besteht, die beiden Parkplätze beim Sporteingang, welche bisher öffentlich genutzt werden dürfen, künftig nur noch den Hallenbenutzern zur Verfügung gestellt werden.

Für die Nutzung des Gemeindesaales, insbesondere den An- und Abtransport, die Nutzung von Musikkapellen usw. sei dies besonders wichtig.

Oft müssten auch größere und schwere Sachen auf die Bühne gebracht werden, die ansonsten umständlich und zum Teil über die Fahrzeuge gehoben werden müssten und zum Glück sei hier noch nichts passiert.

Bei Veranstaltungen gebe es dann auch keinen freien Parkplatz mehr, falls man nach Saalöffnung Nachschub etc. organisieren muss.

Bei der Gelegenheit sollte dann auch das Gestrüpp neben den Parkplätzen entfernt und dafür ein Durchgang für Fußgänger angelegt werden, da bei 2 geparkten Fahrzeugen keine Durchgangsmöglichkeit mehr besteht.

Der Ortsvorsteher unterstützt diesen Vorschlag, schlägt vor, die Situation bei der Sitzung kurz in Augenschein zu nehmen und nach einer entsprechenden Lösung / Regelung zu suchen.

Beratung:

Der Ortsvorsteher fasst den Sachverhalt nochmal zusammen. Er regt an zu überlegen, ob man die Einschränkung des Parkens ggf. auf die Wochenenden beschränken sollte, weil dort in der Regel Veranstaltungen im Gemeindesaal stattfinden. Da sich die Mitglieder des Ortschaftsrates bereits selbst vor der Sitzung ein Bild von der Situation vor Ort gemacht haben, ist eine weitere Ortsbesichtigung nicht mehr erforderlich.

Ortschaftsrat Klaus Kreidler hält dies für einen guten Vorschlag, hat aber Bedenken, ob die Beschränkung auf Wochenenden in der Praxis funktioniert. Die Verbreiterung begrüßt er sehr, da diese Verbindung auch als Fußweg genutzt wird. Wenn in diesem Bereich parkende Fahrzeuge stehen, dann sei es selbst für Fußgänger schwierig durchzukommen.

Ortschaftsrat Markus Fischer unterstützt den Vorschlag ebenfalls, insbesondere die Verbreiterung im Sinne der Fußgängerverbindung.

Nach weiterer Diskussion schlägt Ortschaftsrat Klaus Kreidler eine Begrenzung des Parkens für Veranstalter im Gemeindesaal in der Zeit von Freitag 12.00 Uhr bis Sonntag 24.00 Uhr vor.

Ortschaftsrat Bernd Schittenhelm unterstützt den Vorschlag ebenfalls. Er ergänzt, dass der angrenzende Bereich auch nicht gut gepflegt werde. Dort wuchern die Hecken, was ebenfalls dazu beitrage, dass man die Fläche nicht ordentlich beparken oder gar dort vorbeigehen könne. Dies bestätigt auch der Vorsitzende.

Ortsvorsteher Fahrner schlägt vor, dass er zusammen mit dem Bauhofleiter die Sache einmal anschaut, um zu klären, ob die vorgesehene Maßnahme durch den Bauhof und / oder ggf. mit Unterstützung von Vereinen umgesetzt werden kann, damit sich auch die entstehenden Kosten in Grenzen halten.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat unterstützt einstimmig den Vorschlag aus der Mitte der Vereine, die beiden Parkplätze beim hinteren Sporteingang des Gemeindehauses, welche bisher öffentlich genutzt werden dürfen, bei Veranstaltungen bzw. an Wochenenden von Freitag 12.00 Uhr bis Sonntag 24.00 Uhr, künftig nur noch den Hallenbenutzern zur Verfügung zu stellen und eine entsprechende Beschilderung anzubringen.

Der Vorsitzende wird beauftragt, die weiteren Voraussetzungen und die Umsetzung der Maßnahmen zu klären und wieder darüber zu berichten.

§ 6

Vorschlag der Gemeindeverwaltung zur Auflösung der Ortschaftsverwaltung in Salzstetten und zur Zentralisierung der Verwaltung

Sachverhalt:

Ortsvorsteher Fahrner erläutert, dass dem Ortschaftsrat der Sachverhalt hinlänglich bekannt sei, deshalb werde er auf eine nochmalige ausführliche Darstellung des Sachverhaltes verzichten.

Das Thema wurde auch sehr ausführlich in der Bürgerversammlung im März mit über 100 Bürgerinnen und Bürgern von Salzstetten diskutiert und umfassend behandelt. Die Ergebnisse dieser Beratungen liegen dem Ortschaftsrat nochmals als Sitzungsunterlagen vor.

Beratung:

Ortschaftsrat Klaus Kreidler vertritt die Auffassung, dass man sich nun schon öfters über dieses Thema unterhalten habe und die Sichtweisen klar seien. Die Meinung in der Salzstetter Bevölkerung sei – und das nicht nur in und nach der Bürgerversammlung - ganz klar, dass die Ortschaftsverwaltung erhalten werden müsse. Die Argumente könnten den Sitzungsunterlagen entnommen werden. Auch aus der erwähnten Bürgerversammlung heraus habe man den klaren Auftrag mitbekommen, eine Schließung der Verwaltungsstelle abzulehnen und sich für den Erhalt einzusetzen. Ganz wichtig sei auch der Punkt der Barrierefreiheit. Aktuell sei die Salzstetter Ortschaftsverwaltung das einzige Bürgerbüro, das zumindest einigermaßen barrierefrei erreicht werden kann. Damit sei diese Verwaltungsstelle zumindest barrierefreundlich.

Ortschaftsrat Bernd Schittenhelm spricht sich ebenfalls für den Erhalt der Ortschaftsverwaltung und den bisherigen Dienstleistungsangeboten für die Bevölkerung aus. Auch das Abziehen von Aufgaben sei nicht zielführend, auch wenn er wisse, dass man sich letztendlich nicht dagegen wehren könne. Bis zu einer zentralen Verwaltung bzw. einem zentralen Rathaus sollte daher aus seiner Sicht am Bestand festgehalten werden. Das sei auch aus Sicht der Gesamtgemeinde wichtig, wenn man nur das Thema Barrierefreiheit betrachte. Weiterhin sieht Herr Schittenhelm auch keine bzw. kaum Einsparungsmöglichkeiten für die Gemeinde, weil das Salzstetter Rathaus nicht verkauft und auch künftig unterhalten werden müsse.

Ortschaftsrat Björn Klose lehnt eine Schließung der Ortschaftsverwaltung kategorisch ab. Man habe doch ein klares Meinungsbild bei der Bürgerversammlung erhalten und deutlich gesehen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger diese Verwaltungsstelle als äußerst wichtig für den Ort ansehen.

Man spreche immer von Bürgerfreundlichkeit, hier beschreibe man aber genau den gegengesetzten Weg. Eine Schließung der Ortschaftsverwaltung sei alles andere als bürgerfreundlich, vor allem für all diejenigen, die nicht so flexible sind und dazu gehörten die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das Ganze sei ein Rückschritt und weiterer Verlust an Attraktivität für die Gemeinde insgesamt.

Außerdem weist Herr Klose noch darauf hin, dass völlig unbeachtet bleibe, dass Salzstetten der größte Ortsteil mit dem größten Bevölkerungsanteil der Gesamtgemeinde sei und die meisten Vereinen und Organisationen habe. Gerade auch die Vereine wären sehr davon betroffen, wenn es keine örtliche Verwaltungsstelle mehr gebe.

Dieser Auffassung schließt sich Ortsvorsteher Fahrner vollumfänglich an. Er sieht die Salzstetter Ortschaftsverwaltung als zentrale Anlaufstelle für alle Bürger/innen von jung bis alt an. Die Situation in Salzstetten mit dem umfassenden Betrieb im Gemeindehaus, den viele Vereinen und Institutionen und dem größten Bevölkerungsanteil könne man nicht mit der Situation anderswo vergleichen. Auch wenn man das Argument der Gleichbehandlung nenne, so müsse man einfach feststellen, dass die Voraussetzungen hier einfach anders seien. Es sei zu respektieren und tue das auch, dass man in anderen Ortsteilen die Auffassung vertrete, dass man eine Verwaltungsstelle vor Ort nicht mehr benötigt und sich für eine Zentralisierung ausspreche und dafür gestimmt hat. Alleine die Frequentierung der Ortschaftsverwaltung und das Gebührenaufkommen belegten, dass die Verwaltung hier sehr gut angenommen werde.

Auch der Ortsvorsteher meint, dass man dem Bürgerwillen folgen und daher eine Schließung der Ortschaftsverwaltung ablehnen sollte.

Abschließend nennt der Vorsitzende ebenfalls nochmals die Interessen der nicht so mobilen Bevölkerungsteile und dazu gehörten nun einmal die Senioren/innen. Die demographische Entwicklung schreite weiter voran und der Anteil der älteren Bevölkerung nehme weiter zu. Dem könne man auch durch den Erhalt einer solchen Verwaltungsstelle Rechnung tragen. Man solle und dürfe nicht alles unter dem Aspekt der Kosten sehen, sondern auch den Umstand, dass eine solche Einrichtung sehr positive gesellschaftliche Auswirkungen – auch auf die Gesamtgemeinde – habe.

Gemeinderätin Kathrin Zink-Jakobeit stellt fest, dass das Verständnis in der Bevölkerung für eine Schließung der Verwaltungsstelle in Salzstetten sehr gering sei bzw. bis null gehe. Auch sei eine Versorgung mit Verwaltungsdienstleistungen vor Ort noch nicht abschließend geklärt. Deshalb spricht sie sich dafür aus, mit einer abschließenden Entscheidung auf jeden Fall solange abzuwarten, bis es ein zentrales Rathaus gibt und man dann sehe, wie das Ganze laufe.

Abschließend weist der Vorsitzende noch darauf hin, dass man im Ortschaftsrat bei diesem Thema leider nur ein Vorschlagsrecht, aber kein Entscheidungsrecht habe. Letztendlich könnten die Gemeinde und Bürgermeisterin Frau Grassi über die Zukunft der Ortschaftsverwaltung in Salzstetten entscheiden, ohne dass es ein Hinzutun des Ortschaftsrates bedarf. Wenn also eine solche Entscheidung falle, dann sei es egal, ob man es seitens des Ortschaftsrates und des Ortsvorstehers befürworte oder nicht. Aufgrund der eigenen Sichtweise und der Erfahrungen von ihm selbst, so Ortsvorsteher Fahrner, würde dann aber ein großes Stück Bürgerfreundlichkeit verloren gehen.

Beschluss:

Der Ortschaftsrat spricht sich einstimmig gegen eine Schließung der Ortschaftsverwaltung Salzstetten aus und wünscht eine Beibehaltung des derzeitigen Dienstleistungsangebotes vor Ort. Der Ortschaftsrat sieht die Barrierefreiheit bzw. zumindest eine Barrierefreundlichkeit derzeit nur im Rathaus in Salzstetten gewährleistet, daher ist diese Einrichtung auch für Waldachtal insgesamt wichtig. Wenn Erfahrungen mit dem Betrieb eines zentralen Rathauses vorliegen, möchte sich der Ortschaftsrat erneut mit dem Thema befassen.

§ 7

Bekanntgaben und Anfragen

➤ Bekanntgaben - Starkregenereignis

Ortvorsteher Fahrner zeigt sich betroffen über die Tatsache, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, vor allem in Tumlingen, Lützenhardt, aber auch in Salzstetten, teilweise massive Schäden durch das zurückliegende Starkregenereignis erleiden mussten. Ortsvorsteher Fahrner bedankt sich bei allen, Einsatzkräften der Feuerwehr, aber auch bei den Bauhofmitarbeitern, für ihren großen und herausragenden Einsatz. Man könne nur hoffen, dass sich solche Ereignisse nicht wiederholen, wenn gleich man dies aufgrund der Entwicklungen beim Wetter, befürchten müsse.

Ortschaftsrat Bernd Schittenhelm meint, dass es nach dem Ereignis erforderlich sei, die Einlaufschächte zu säubern. Der Vorsitzende geht davon aus, dass dies von Seiten des Bauverwaltungsamtes bzw. des Bauhofes aus veranlasst wird.

Ortschaftsrat Roger Ganszki weist darauf hin, dass viele Haushalte durch die Schäden massiv belastet seien und Unrat sowie zerstörter Hausrat entsorgt werden müsse. Es sollte geprüft werden, ob in diesen Fällen vom Landkreis nicht auf die Gebühren bei der Anlieferung verzichtet werden könne. Dies wäre eine kleine Unterstützung. Der Vorsitzende findet diese Anregung gut und wird diese einmal an den Landkreis weitergeben.

Ortschaftsrat Klaus Luger stellt fest, dass an der Gemeindeverbindungsstraße festzustellen sei, dass insbesondere dort, wo keine Rasengittersteine liegen, die Schäden am stärksten waren. Es sollte bei der Instandsetzung darauf geachtet werden, dass Magerbeton eingebracht wird.

Ortschaftsrat Martin Gunkel stellt fest, dass teilweise kritisiert werde, dass die Kosten für den Einsatz der Feuerwehr in Rechnung gestellt werden. Diese Leistungen seien keine eigentliche Aufgabe der Feuerwehr, deshalb müssten diese Kosten in Rechnung gestellt werden, in der Regel würden diese aber von den Versicherungen übernommen. Hier hält er eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit für sinnvoll. Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass dies eine Aufgabe der Gemeindeverwaltung ist.

➤ Anfragen

Ortschaftsrat Klaus Kreidler berichtet, dass sich die Platten am Sockel des Friedhofskreuzes lockern und lösen. Der Vorsitzende teilt mit, dass er dies dem Bauhof weiterleiten werde, damit sich die Schäden nicht noch weiter verstärken.

Ortschaftsrat Björn Klose bemängelt, dass die Pflege- und Mäharbeiten in der Ortschaft sehr zu wünschen übrig lassen. Der Vorsitzende antwortet, dass dies sicherlich auch an den zusätzlichen Aufgaben durch das Starkregenereignis liege. Die Aufgaben seien vielfältig, man habe auch beim Bauhof beim Personal eingespart und das seien dann die Konsequenzen. Er werde trotzdem die Hinweis entsprechend weitergeben.

Ortschaftsrat Bernd Schittenhelm bemängelt den äußerst schlechten Pflegezustand auf dem Friedhof, insbesondere im Bereich der Rasengräber. Hier sieht er einen dringenden Handlungsbedarf. Dort würden sogar die Disteln überhand nehmen. Auch sollten diese Gräber und dort wo Gräber abgeräumt wurden, bessere Einebnungen und eine entsprechende wertige Einsaat vorgenommen werden. Auch diesen Mangel und Hinweis wird der Vorsitzende an das Friedhofsamt weitergeben.

Ortschaftsrat Roger Ganszki nimmt Bezug auf diesen Hinweis. Er hat dem Ortschaftsrat eine Aufnahme von einer Urnenwand zur Verfügung gestellt.

Diese Anlagen seien zwar sicher teurer, was aber den Pflegeaufwand angehe, würde es zu einer Erleichterung für Angehörige und den Bauhof führen. Der Vorsitzende stimmt Herrn Ganszki zu, stellt aber fest, dass man in früheren Jahren schon einmal einen solchen Vorschlag gemacht habe, dieser sei aber damals aus Kostengründen leider abgelehnt worden.

Gemeinderätin Kathrin Zink-Jakobeit weist darauf hin, dass sich der Zaun im Bereich des Kindergartens in einem katastrophalen Zustand befindet und aus ihrer Sicht durch abstehende Drahtteile so gefährlich sei, dass die Verkehrssicherungspflicht erheblich gefährdet ist und die Gemeinde Haftungsprobleme bekomme. Der Vorsitzende bestätigt dies und antwortet, dass den zuständigen Stellen bei der Gemeindeverwaltung dieser Zustand bekannt sei und die erforderlichen Maßnahmen von dort hoffentlich in die Wege geleitet werden. Er sieht es so, dass eigentlich der komplette Zaun erneuert werden müsste.